

2009) bewiesen. Von 2012 an wurde das Renteneintrittsalter stufenweise über 65 Jahre hinaus angehoben. Aktuell geht der Jahrgang 1957 im Alter von 65 Jahren und elf Monaten in den Ruhestand. Von 2031 an gibt es die Rente erst mit 67.

Inzwischen ist die Lebenserwartung weiter gestiegen. Die meisten Arbeitnehmer erreichen das Rentenalter nicht als abgearbeitetes menschliches Wrack, sondern bei bester Gesundheit. Viele von ihnen suchen sich nach dem Renteneintritt neue Teilzeitjobs, nicht wenige arbeiten auch unverändert Vollzeit. Das geschieht in den meisten Fällen nicht des-

halb, weil die eigene Rente so niedrig ist. Vielmehr wollen diese „Unruheständler“ aktiv bleiben.

Feigheit vor der Wirklichkeit

Zweifellos gibt es Arbeitnehmer, die es aus gesundheitlichen Gründen nicht schaffen, bis 65 durchzuhalten, geschweige denn bis 67 oder gar 70. Das betrifft vor allem Menschen, die körperlich schwer arbeiten. Doch das System der Alterssicherung kann nicht auf eine Minderheit ausgerichtet sein. Für diese Gruppe ist die Erwerbsminderungsrente da. Diese zu verbessern, müsste mit einer

Verlängerung der Lebensarbeitszeit für fitte Arbeitnehmer Hand in Hand gehen.

Die Politik muss den Bürgern endlich reinen Wein einschenken. Dem Rentensystem in seiner gegenwärtigen Form droht der Kollaps. Mit ein paar kosmetischen Reparaturen ist es nicht getan, es muss neu justiert werden. Wer da das Renteneintrittsalter zum Tabu erklärt, versucht die Gesetze der Mathematik außer Kraft zu setzen. Höchste Zeit, dass die Rentenpolitiker sich endlich ehrlich geben – die in der Regierung wie in der Opposition. Alles andere ist Feigheit vor der Wirklichkeit. ■

Ukrainekrieg: Stresstest für Europa und die westliche Welt

von *Julia Klöckner*

Verbraucherinnen und Verbraucher leiden unter der anhaltenden Inflation, den steigenden Energiekosten, aber auch den immer teurer werdenden Lebensmitteln. Entlastung ist daher dringend notwendig, denn der Staat darf nicht zum Inflationsgewinner werden. Die Entlastungsvorschläge des Bundesfinanzministers Lindner halte ich zwar für ausbaufähig, sie gehen aber in die richtige Richtung, denn der Abbau der kalten Progression entlastet Bürger und Unternehmen. Schwierig ist, dass Grüne und SPD seinen Vorschlägen schon im Vorfeld widersprochen haben. Die Bürger wollen angesichts einer immer höheren Inflation endlich die Umsetzung von Entlastungen, statt immer neuer Diskussionen innerhalb der Ampel-Regierung. Entscheiden statt streiten muss jetzt gelten.

Einkommensteuertarif anpassen

Im Interview mit n-tv habe ich deutlich gemacht, dass die kalte Progression unsozial und ungerecht ist. Denn sie trifft sprichwörtlich diejenigen, die den Laden am Laufen halten. Deshalb fordern wir in der Unionsfraktion schon seit Monaten, dass die Ampel diese heimliche Steuererhöhung end-



Julia Klöckner MdB

ist wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und ehemalige Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft

lich komplett ausgleicht, indem sie den Einkommensteuertarif anpasst. Wenn der Finanzminister nun einen Vorschlag macht, ist das überfällig, die Anträge von CDU/CSU dazu wurden im Parlament bisher von der Ampel stets abgelehnt. Ungerecht bleibt aber weiterhin, dass die kalte Progression nicht rückwirkend auch für das aktuelle Jahr ausgeglichen werden soll, sondern erst ab 2023.

Ausgleich der kalten Progression

Allerdings liegt der Webfehler schon im Koalitionsvertrag: Es ist bis heute unverständlich, dass die FDP unter Christian Lindner im Koalitionsvertrag den Ausgleich der kalten Progression nicht verankern konnte. Hier hat Lindner wohl schlecht verhandelt, denn für SPD und Grüne war der Ausgleich schon in der Vergangenheit kein großes Anliegen; das macht die Umsetzung der Vorschläge aus dem Finanzministerium nun besonders schwer. Die Leidtragenden dieses Hin und Her sind die Steuerzahler! In der vergangenen Legislatur war das noch anders: Als CDU haben wir dafür gesorgt, dass der Ausgleich dieser heimlichen Steuererhöhung ausdrücklich im Koalitionsvertrag vereinbart war und deshalb auch von der SPD umgesetzt werden musste. ■